

Empfehlungen des Fachausschusses Migrationsrecht zur Antragstellung gem. § 22 FAO

Der Fachausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

- Vorsitzende: RAin Susanne Schröder, Hannover
stellv. Vorsitzende: RAin Claire Deery, Göttingen
Schriftführer: RA Henning Bahr, Osnabrück
stellv. Mitglied: RAin Susanne Stuhmacher, Gifhorn

Gem. §§ 2,3 der Fachanwaltsordnung (FAO) in der Fassung vom 01.07.2019 sind Voraussetzungen für die Verleihung der Fachanwaltsbezeichnung

- + der Nachweis besonderer theoretischer Kenntnisse und besonderer praktischer Erfahrungen sowie
- + eine dreijährige Zulassung und Tätigkeit innerhalb der letzten sechs Jahre vor Antragstellung

Der Antrag muss daher folgende Angaben enthalten:

- I. Angaben zur Person des/der Antragsteller/in
 1. Name
 2. Zulassungsdatum
 3. Bereits vorhandene Fachanwaltsbezeichnungen (§ 43c Abs. 1 S. 3 BRAO)
- II. Nachweise der besonderen theoretischen Kenntnisse
 1. Soweit besondere theoretische Kenntnisse durch eine erfolgreiche Lehrgangsteilnahme dargelegt werden sollen, sind gem. §§ 6, 22 Abs. 2 FAO folgende Unterlagen im **Original** vorzulegen:
 - Bescheinigung der erfolgreichen Lehrgangsteilnahme.
Wird der Antrag auf Verleihung der Fachanwaltschaft nicht in dem Kalenderjahr gestellt, in dem der Lehrgang begonnen hat, ist ab diesem Jahr Fortbildung in Art und Umfang von § 15 FAO nachzuweisen, (§ 4 Abs. 2 FAO). Lehrgangszeiten sind anzurechnen.
 - Aufsichtsarbeiten im Original einschließlich Aufgabentext und Bewertungen

2. Außerhalb eines Lehrgangs erworbene besondere theoretische Kenntnisse müssen dem im jeweiligen Fachlehrgang zu vermittelnden Wissen entsprechen (§ 4 Abs. 3 FAO). Zur Prüfung dieser Voraussetzungen sind Zeugnisse, Bescheinigungen oder andere geeignete Unterlagen vorzulegen (§ 6 FAO).

III. Nachweis der besonderen praktischen Erfahrungen

Der Erwerb besondere praktischer Erfahrungen setzt voraus, dass der/die Antragsteller/in innerhalb der letzten drei Jahre vor der Antragstellung im Fachgebiet als Rechtsanwalt/Rechtsanwältin persönlich weisungsfrei Fälle bearbeitet hat.

Gem. § 5 Abs. 1 lit. w) FAO müssen **80 Fälle** aus den in § 14p Nr. 1-6 FAO genannten Bereichen kommen, davon mindestens **60 Fälle** aus mindestens zwei der in § 14p Nr. 1 bis Nr. 4 FAO genannten Bereiche (Staatsangehörigkeitsrecht, Aufenthaltsrecht, Unionsrecht, Asylrecht). Mindestens **30 Fälle** müssen gerichtliche Verfahren sein, davon mindestens **15 Fälle** aus den in § 14 p Nr. 1 bis Nr. 4 FAO genannten Bereichen.

Der/Die Antragstellerin/in hat die persönliche und weisungsfreie Bearbeitung der Fälle anwaltlich zu versichern.

Der Nachweis der besonderen praktischen Erfahrungen wird durch eine Fallliste geführt, die die gem. § 6 Abs. 3 FAO folgende Angaben enthalten muss:

- + Aktenzeichen von Behörde/Gericht
- + Gegenstand des Verfahrens
- + Bearbeitungszeitraum
- + Art und Umfang der Tätigkeit
- + Stand des Verfahrens

Zur einfacheren Bearbeitung sollte die Liste

- + **nummeriert** sein
- + nach **gerichtlichen und außergerichtlichen Verfahren unterteilt** sein
- + nach den **einzelnen Gebieten des § 14 p Nr. 1-6 FAO unterteilt** sein

Es wird empfohlen, die im Internet auf den Homepages der Kammern Braunschweig, Celle, Oldenburg bereit gehaltene Musterfallliste zu verwenden.

Auf Verlangen des Fachausschusses sind anonymisierte Arbeitsproben vorzulegen.

IV. Fachgespräch

Gem. § 7 Abs. 1 FAO führt der Ausschuss zur Nachweise der besonderen theoretischen Kenntnisse oder der praktischen Erfahrungen ein Fachgespräch.

Auf ein Fachgespräch kann verzichtet werden, wenn der Fachausschuss seine Stellungnahme gegenüber dem Vorstand hinsichtlich der besonderen theoretischen Kenntnisse oder der besonderen praktischen Erfahrungen nach dem Gesamteindruck der vorgelegten Zeugnisse und schriftlichen Unterlagen auch ohne ein solches Fachgespräch abgeben kann.

Die weiteren Einzelheiten des Fachgesprächs sind in § 7 Abs. 2 FAO geregelt.

Stand: 7. Juni 2020

A. Gerichtliche Verfahren

Lfd. Nr.	Az. Kanzlei	Gericht und Az.	Gegenstand	Art und Umfang der Tätigkeit	Zeitraum Monat/Jahr – Monat/Jahr	Stand des Verfahrens	Nr. gem. § 14p FAO
Staatsangehörigkeit u.a.							
1	60/16	Stadt X VG Z 6 A .../16	Staatsangehörigkeit Einbürgerung	Vertretung eines ungeklärten Staatsangehörigen im Einbürgerungsverfahren; Behörde hört zur Ablehnung an, weil Identität nicht geklärt sein soll; Antrag abgewiesen; Klage erhoben unter Hinweis auf geringe Erfolgsaussichten wg. Rechtsprechung BVerwG	3/16 – laufend	Klage anhängig	Nr. 1b
2	11/14	BVA VG Köln 7 K .../15	Vertriebenenrecht Einbeziehung bei Aufenthalt in Deutschland	Vertretung einer Berechtigten nach BVFG wegen der Einbeziehung ihres ...; Antrag abgelehnt, Widerspruch zurückgewiesen; Klage erhoben und begründet	1/14 – laufend	Klage anhängig	Nr. 1d
Aufenthaltsrecht							
3	268/13	VG Berlin 12 K14 V OVG Berlin- Brandenburg OVG 11 N....15	Aufenthaltsrecht Ehegattennachzug	Vertretung eines türkischen Staatsangehörigen im Remonstrations- und Klageverfahren; mündliche Verhandlung unter Anhörung; Klage abgewiesen; Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt und begründet	12/13 – laufend	Antrag auf Zulassung der Berufung beim OVG anhängig	Nr. 2a, b, c, d

A. Gerichtliche Verfahren

4	177/14	DB Peking VG Berlin VG 30 L .../14 V VG 30 K .../14 V	Aufenthaltsrecht Visum zum Familiennachzug	Vertretung einer minderjährigen chinesischen Staatsangehörigen wegen des Nachzuges zu ihrer Mutter; nach erfolgloser Remonstration Klage erhoben und Eilantrag gestellt; im Eilverfahren einvernehmlich erledigt durch Klagerücknahmevergleich mit Visumserteilung	6/14 – 12/14	Verfahren erledigt, Visum erteilt	Nr. 2a, b, c, d
Asylrecht / Asylverfahrensrecht einschl. Dublin-Verfahren							
5	185/14	BAMF ...-170 VG K 4 L .../14.A 7 K .../14 OVG K 5 A .../15.A	Asylrecht Ablehnung als offensichtlich unbegründet	Vertretung eines ... Staatsangehörigen im Verwaltungs- sowie Klage- und Eilverfahren; Eilverfahren erfolgreich; Klage in 1. Instanz abgewiesen; Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt und begründet	7/14 – laufend	Antrag auf Zulassung der Berufung beim OVG anhängig	Nr. 4a, b, c, d
6	101/14 304/14	BAMF ...-423 VG N 8 K .../14 Me 8 E .../14 Me 8 E... /14 Me 1 K .../15 Me	Asylrecht Dublin-Verfahren (Ungarn) Untätigkeitsklage	Vertretung... Staatsangehörigen; Dublin-Bescheid mit Klage und Eilantrag angegriffen; Eilantrag zunächst abgelehnt; Abänderungsantrag wegen neuer Beweismittel erfolgreich; Dublin-Bescheid zurückgenommen; nach Anhörung keine Entscheidung trotz mehrfacher Aufforderung; Erhebung der Untätigkeitsklage, PKH bewilligt.	3/14 – laufend	Dublin-Verfahren mit Klage, Eilantrag und Änderungsverfahren abgeschlossen; nationales Asylverfahren läuft; Untätigkeitsklage anhängig, PKH bewilligt	Nr. 4a, b, c, d

A. Gerichtliche Verfahren

7	203/13 204/13	VG W 6 A .../15	Asylrecht (Mazedonien)	Vertretung einer mazedonischen Staatsangehörigen (Folgeantrag) mit Ehemann und zwei Kindern (Erstantrag); Folgeantrag abgewiesen; Eilantrag gestellt und Klage im Folgeverfahren und für Ehemann und Kinder im Erstverfahren erhoben; Eilantrag erfolgreich; Klage erfolgreich, Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft (rechtskräftig); Klage des Ehemannes und der beiden Kinder nach Zuerkennung gem. § 26 AsylG für erledigt erklärt.	9/13 – 6/16	Flüchtlingseigenschaft rechtskräftig zuerkannt	Nr. 4a, b, c, d
Sozialrechtliche Angelegenheiten							
9	188/14	Stadt Z ... VG Y 6 K .../14 6 L .../14 SG Y S 12 AY .../14 S 12 AY .../14 ER	AsylbLG Unterbringung	Vertretung einer Familie im Bezug von Leistungen nach AsylbLG im Verwaltungs-, Widerspruchs- sowie Klage- und Eilverfahren; Verlegung in eigene Mehrzimmerwohnung verfolgt; Behörde verweist zunächst auf den Verwaltungsrechtsweg; vom VG an SG verwiesen; im Eilverfahren stellt die Behörde einen weiteren Wohnraum zur Verfügung, darauf Eilverfahren erledigt; im Klageverfahren Zuweisung eigener Wohnung; Klageverfahren erledigt.	7/14 – 6/15	Eil- und Klageverfahren erledigt und eingestellt	Nr. 5

A. Gerichtliche Verfahren

10	42/15	SG Z S 33 AS .../15 ER S 33 AS .../15	Sozialrecht SGB II Leistungen für EU-Bürger	Vertretung eines polnischen Staatsangehörigen im Klage- und Eilverfahren gegen die Versagung von Leistungen nach SGB II nach Umzug in den Zuständigkeit einer anderen Behörde; Eilverfahren erfolgreich, laufende Leistungen zugesprochen; Klageverfahren wegen restlicher Zeiträume noch anhängig	2/15 – laufend	Eilverfahren erfolgreich; Klage in 1. Instanz	Nr. 5
Strafrechtliche Verfahren							
12	34/16	OLG K 6 Ausl A .../15 BVerfG 2 BvR .../16	Auslieferung zur Strafverfolgung	Vertretung eines mazedonischen Staatsangehörigen wegen der Auslieferung zur Durchführung des Strafverfahrens in Bosnien; Antrag auf Beordnung als Beistand abgelehnt, Gegenvorstellung zurückgewiesen; Auslieferung durch OLG für zulässig erklärt; Anhörungsrüge und Antrag auf Abänderung gestellt, vom OVG zurückgewiesen; Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen.	2/16 – 6/16	Auslieferung wurde durchgeführt	Nr. 6

A. Gerichtliche Verfahren

13	157/15	AG S 222 Cs 540 Js .../14 LG S 5 Ns/540 Js ...14-.../16	Strafrecht Vorwurf der Scheinehe	Verteidigung eines türkischen Staatsangehörigen gegen den Vorwurf der Scheinehe ab Zustellung eines Strafbefehls; Einspruch eingelegt, Akteneinsicht genommen und kürzere Einlassung; nur knappe Angaben in der Hauptverhandlung; gemäß Angklage verurteilt; Berufung eingelegt	7/15 – laufend	in 1. Instanz verurteilt, Berufung läuft	Nr. 6
----	--------	---	-------------------------------------	---	----------------	--	-------

B. außergerichtliche Verfahren

Lfd. Nr.	Az. Kanzlei	Behörde, Abt. und ggf. Az.	Gegenstand	Art und Umfang der Tätigkeit	Zeitraum Monat/Jahr – Monat/Jahr	Stand des Verfahrens	Nr. gem. § 14p FAO
Staatsangehörigkeit u.a.							
46	218/14	Landkreis G	Staatsangehörigkeit Einbürgerung	Beratung einer Familie anerkannter Flüchtlinge wegen der Möglichkeit der Einbürgerung der minderjährigen Kinder mit und ohne Einbürgerung der Eltern; nach Akteneinsicht von Einbürgerungsantrag abgeraten	8/14 – 10/14	mit Beratung abgeschlossen	Nr. 1b
Aufenthaltsrecht							
47	31/14	Stadt A	Aufenthaltsrecht Reiseausweis für Ausländer	Vertretung einer syrischen Staatsangehörigen wegen Passlosigkeit; Unzumutbarkeit der Passbeschaffung bei der syrischen Auslandsvertretung dargelegt; Reiseausweis erteilt	1/14 – 9/14	mit Erteilung des Reiseausweises abgeschlossen.	Nr. 2a
48	85/14	Stadt T	Aufenthaltsrecht Passlosigkeit Feststellung Staatenlosigkeit	Vertretung einer Familie unklarer Staatsangehörigkeit; Vater anerkannt Staatenloser, Mutter serbische Staatsangehörige ohne Sorgerecht; Antrag auf Erteilung von Reiseausweisen für Ausländer; serbische Behörden verweigern Registrierung; schriftlicher Beleg der serbischen Meldebehörde von ABH gefordert; Mdt. informiert	3/14 – laufend	Verfahren läuft bei ABH	Nr. 2a

B. außergerichtliche Verfahren

49	194/13	DB Eriwan Stadt K	Aufenthaltsrecht Familiennachzug	Vertretung einer armenischen Staatsangehörigen im Visumsverfahren zum Nachzug zum deutschen Ehemann; fehlender Nachweis von Deutschkenntnissen; Antrag umgestellt vom Ehegattennachzug auf Nachzug zum ungeborenen deutschen Kind wegen verfestigter Schwangerschaft; Visum erteilt	9/13 – 11/13	mit Einreise erfolgreich abgeschlossen	Nr. 2a, b, c
Freizügigkeitsrecht							
74	186/13	Stadt M	Freizügigkeitsrecht als Ehegatte	Vertretung des serbischen Ehegatten einer polnischen Selbstständigen; ABH verlangt Ausreise und Visumsverfahren; dargelegt, dass mit der Eheschließung in Polen das Freizügigkeitsrecht entsteht, sobald die Niederlassungsfreiheit ausgetübt wird; ABH erteilt Aufenthaltskarte	8/13 – 12/13	mit Erteilung der Aufenthaltskarte abgeschlossen	Nr. 3a
75	241/13	Stadt A Stadt T	Freizügigkeitsrecht als Ehegatte	Vertretung einer mit einem Polen verheirateten russischen Staatsangehörigen; Prüfung eigenständiges Freizügigkeitsrecht zur Vorbereitung der Scheidung; Antrag auf Erteilung Daueraufenthaltskarte entsprochen	10/13 – 1/15	mit Erteilung Daueraufenthaltskarte abgeschlossen	Nr. 3a

Asylrecht / Asylverfahrensrecht einschl. Dublin-Verfahren

B. außergerichtliche Verfahren

80	206/13	BAMF	Asylverfahren Dublin-Verfahren (Polen)	Vertretung einer tschechischen Familie im Asylverfahren; BAMF will Dublin-Verfahren wegen Eurodac-Treffer in Polen einleiten; umfangreich zu Erkrankung und Behandlungsbedarf des Familienvaters vorgetragen; Selbsttritt erklärt, nationales Verfahren läuft	9/13 – laufend	Dublin-Verfahren nicht eingeleitet, nationales Verfahren läuft	Nr. 4a
81	16/16	BAMF	Asylrecht (Syrien)	Vertretung eines Arztes aus Syrien; BAMF und Aufnahmeeinrichtung auf besondere Wichtigkeit der Qualifikation wegen Mangelberuf hingewiesen; Termin zur Antragstellung und Anhörung; Flüchtlingsstatus zuerkannt; Familiennachzug beantragt	1/16 – 4/16	mit Zuerkennung Flüchtlings-eigenschaft abgeschlossen	Nr. 4a, b
82	41/14	BAMF	Asylrecht (Libanon)	Vertretung eines libanesischen Staatsangehörigen, der seiner Ehefrau nach Verfolgung nachgereist ist; Flüchtlingseigenschaft zuerkannt	2/14 – 4/15	mit Zuerkennung Flüchtlings-eigenschaft abgeschlossen	Nr. 4a, b, c
Sozialrechtliche Angelegenheiten							
83	17/14	Landkreis L	AsylbLG Kürzung der Leistungen	Vertretung einer Familie ... im Asylverfahren; Widerspruch/Überprüfungsantrag gegen die Kürzung der Leistungen gem. §1a AsylbLG, da Einreise angeblich nur zum Leistungsbezug; auf Asylantrag hingewiesen; Abhilfebescheid erlassen	1/14 – 11/14	mit Abhilfe abgeschlossen	Nr. 5
Strafrechtliche Verfahren							

B. außergerichtliche Verfahren

88	121/14	Hauptzollamt S	Ordnungswidrigkeit illegale Beschäftigung	Verdacht der illegalen Beschäftigung gegen einen Geduldeten; Stellungnahme im Bußgeldverfahren, dass Arbeitserlaubnis kurz nach der Kontrolle erteilt wurde; Bußgeld auf 100 Euro reduziert.	4/14 – 5/14	Mit Rechtskraft Bußgeldbescheid abgeschlossen	Nr. 6
----	--------	----------------	--	---	-------------	---	-------

Anmerkungen

1. Soweit Aktenzeichen von Behörden persönliche Daten des Mandanten beinhalten, wurde auf deren Wiedergabe verzichtet.
2. Mandate, die lediglich eine Beratung oder ein Gutachten zum Gegenstand hatten, werden ohne Angabe der gegnerischen Behörde angegeben.